Politischer Bericht Slowakei
Dezember 2005

Regionalwahlen, Runde 2
Zerwürfnis zwischen KDH und SDKU?
Automobilboom geht weiter

Wahl der Bezirkspräfekten, Runde 2: Oppositionserfolge bei historisch niedriger Wahlbeteiligung

Im zweiten Durchgang der slowakischen Regionalwahlen erlitten die Regierungsparteien am 10. Dezember eine schwere Niederlage, vor allem die Slowakische Demokratische und Christliche Union (SDKÚ) des Ministerpräsident Mikuláš Dzurinda. Sie konnte in keiner einzigen Region den von ihr unterstützten Kandidaten durchsetzen. Die Wahlbeteiligung war mit 11,07 Prozent noch niedriger als im ersten Durchgang am 26. November. In allen acht Regionen gewannen Oppositionskandidaten die Stichwahlen um die Funktion des Bezirkspräfekten. Teilweise waren sie aber auch von Regierungsparteien wie der Christlich-Demokratischen Bewegung (KDH) mit unterstützt worden. Die Kandidaten der linken Oppositionspartei Smer (Richtung)-Sozialdemokratie obsiegten in fünf der acht Regionen. In zwei weiteren Regionen hatte sie die siegreichen Kandidaten in Koalitionen mit unterstützt. Die im ersten Durchgang, also bei der Vergabe der Sitze in den Regionalparlamenten, schwer geschlagene Volkspartei - Bewegung für eine Demokratische Slowakei (ĽS-HZDS) gewann drei Regionalregierungsvorsitze. Sogar in der traditionellen Regierungshochburg Bratislava gewann der - allerdings auch von der KDH mit unterstützte - Smer-Kandidat Vladimír Bajan überlegen gegen den bisher regierenden und von der SDKÚ unterstützten Ľubomír Roman. Bajan sieht sich aber nun, wie die Mehrzahl seiner Kollegen in den anderen Regionen, einer Mehrheit des gegnerischen Lagers im Regionalparlament gegenüber. Zwei Wochen zuvor hatten nämlich bei der Wahl der Regionalparlamente in sechs der acht Regionen regierungsnahe Kandidaten eine Mehrheit gewonnen. Mit Abstand am stärksten schnitt dabei die KDH ab, die insgesamt 87 Abgeordnete (von 412) in den acht Regionalparlamenten stellen wird. Die Bezirkspräfekten wurden erst in den

Stichwahlen am 10. Dezember gewählt, da am 26. November in keiner Region ein Kandidat die absolute Mehrheit erzielt hatte.

Zerwürfnis zwischen KDH und SDK?

Seit Monaten verfügt die Regierung im Parlament über keine Mehrheit mehr. Und jetzt das: die beiden Hauptregierungsparteien SDKU und KDH scheinen nicht nur zunehmend nebeneinander, sondern jetzt auch noch gegeneinander zu agieren. Bei den Parteitagen der beiden Parteien im November waren Repräsentanten der jeweils anderen Partei nicht erschienen. Bei den Regionalwahlen zog es die KDH teilweise vor, Kandidaten der Opposition (SMER) zu unterstützen anstatt sich mit der SDKU auf gemeinsame Kandidaten zu einigen. Kritisiert wird immer wieder der Stil des slowakischen Ministerpräsidenten Dzurinda. Zu wenig kommunikativ, nicht ausreichend konsultativ. Wie unter diesen Voraussetzungen ein gemeinsamer oder zumindest nicht gegenüber dem Partner konfrontativer Wahlkampf im Vorfeld der nationalen Wahlen 2006 geführt werden soll, ist unklar.

Geringe Wahlbeteiligung Zeichen für Politikverdrossenheit der Slowaken?

Diese einfache Erklärung trägt so nicht: Die Regionalwahlen sind ein Sonderfall. Das Desinteresse der Wähler ist erklären Politologen einerseits mit der unübersichtlichen Parteienlandschaft, andererseits auch damit, dass die Kompetenzen der Regionen kaum bekannt sind. Nicht vergessen darf man dabei aber vor allem das grundlegende Problem, dass sich mit den derzeitigen Regionen niemand wirklich identifizieren kann. Im Unterschied zu den Bundesländern in Deutschland und Österreich sind sie nicht historisch gewachsen. Sie sind ohne Rücksicht auf historische Zusammengehörigkeiten quasi am Reißbrett geschaffen worden. Ihre Grenzen wurden im Jahr 2000 infolge einer parlamentarischen Pattsituation zwischen Föderalisten und Zentralisten anhand einer rein administrativen Einteilung aus den 90-er Jahren gezogen. Unter den damaligen Abstimmungsumständen ist es nicht falsch, die unnatürliche Grenzziehung gleichsam als "Sabotage" der Föderalisierungsgegner gegen eine zunehmende Dezentralisierung des Staates zu werten. So wurden historische Landschaften wie die einstige deutschsprachige Zips (Spiš) in der Ostslowakei zerrissen. Wie das Beispiel der Region Trnava zeigt, wurden dafür andererseits weit von einander entfernte und in der Mentalität völlig verschiedene Mikroregionen wie die an Mähren grenzende Záhorie an der Nordgrenze des Staates mit der mehrheitlich ungarischen Schüttinsel am Südrand zusammengepresst. Auch der meist in der anonymen Abkürzung VÚC verwendete offizielle Name "Höhere Gebietseinheit" bietet kaum Identifikationsmöglichkeiten für die Bevölkerung. Die Tageszeitung Sme veröffentlichte kurz vor dem ersten Wahlgang eine Umfrage, laut der rund die Hälfte der Wahlberechtigten nicht weiß, was VÚC bedeutet. Eine Identifikation der Wähler mit ihren Regionen ähnlich wie mit den Bundesländern in Deutschland oder Österreich ist unter solchen Voraussetzungen schwierig. Eine Systemänderung erscheint begrüßenswert. Zur Diskussion standen bei der Verwaltungsreform im Jahr 2000 prinzipiell zwei Modelle einer Föderalisierung: Eine Einteilung in natürliche Mikroregionen wie die erwähnte Zips. Das hätte den Vorteil großer Bürgernähe, aber den Nachteil von in europäischem Maßstab viel zu kleinen Regionen gehabt. Die Alternative war die in der Tschechoslowakei für den

slowakischen Landesteil bestehende Einteilung in drei Großregionen West-, Mittel- und Ostslowakei. Diese Einteilung korrespondiert auch mit Dialektvariationen und volkstümlich tradierten Mentalitätsmerkmalen. Für beide Varianten lassen sich Argumente finden, nur der stattdessen gewählte Scheinkompromiss findet keine Identität stiftende Begründung.

Die am 10. Dezember gewählten Regionalpräsidenten sind:

Region: Wahlsieger	nominierende Partei	unterstützende Parteien
Bratislava: Vladimír Bajan	unabhängig	Smer-SD, SF, HZD, KDH
Trnava: Tibor Mikuš	ĽS-HZDS	ĽB, PSNS, ZSNS, (im 2. Wahlgang auch Smer)
Nitra: Milan Belica	ĽS-HZDS	ASV, KSS, ĽB, PSNS, ZSNS
Trenčín: Pavol Sedláček	ĽS-HZDS	ANO, PSNS, ZSNS
Žilina: Juraj Blanár	Smer-SD	ANO, HZD, SNS
Banská Bystrica: Milan Murgaš	Smer-SD	HZD, KDH, SNS, SZS
Košice: Zdenko Trebuľa	Smer-SD	HZD
Prešov: Peter Chudík	Smer-SD	HZD, SNS

Zur Erklärung der Abkürzungen in der Tabelle
(in Klammern sind zur leichteren Orientierung die jeweiligen Parteichefs genannt, sofern es sich um besonders prominente Politiker handelt):
Smer-SD = Richtung-Sozialdemokratie (Fico); SF = Freies Forum; HZD = Bewegung für Demokratie; KDH = Christlich-Demokratische Bewegung (Hrušovský); ĽS-HZDS = Volkspartei - Bewegung für eine Demokratische Slowakei (Mečiar); ĽB = Linksblock; ASV = Agrarische Landpartei; KSS = Kommunistische Partei der Slowakei; ANO = Allianz des Neuen Bürgers (Rusko); SNS = Slowakische Nationalpartei; PSNS und ZSNS ("Wahre" bzw. "Vereinigte" Slowakische Nationalpartei) sind HZDS-nahe Abspaltungen der SNS; SZS = Partei der Grünen der Slowakei

Parteitag von Smer-Sozialdemokratie

Die in allen Meinungsumfragen souverän führende Linkspartei Smer (Richtung) - Sozialdemokratie steckte auf ihrem Jahresparteitag am 3. Dezember ihren programmatischen Rahmen für die Parlamentswahlen 2006 ab. Kernpunkt der Redebeiträge wie auch des vom Parteitag beschlossenen Schlussdokuments war das Bekenntnis zum Sozialstaat bzw. die "Rückkehr zum Sozialstaat". Smer-SD befürchtet als Folge der gegenwärtigen "neoliberalen" Regierungspolitik eine "zunehmende Verarmung" in der Slowakei. Als Alternative zu dieser nur den Wohlhabenden dienenden Politik will die Partei den Menschen in der Slowakei ihre "Menschenwürde zurückgeben". Die soziale Sicherheit soll gesetzlich garantiert werden. Die Partei will das Recht auf kostenlose Schulbildung und gebührenfreies Studium ebenso wie den Anspruch kostenlose Heilfürsorge verteidigen. Weiteres Ziel ist die Stärkung einer gleichmäßigen Entwicklung der einzelnen Regionen des Landes. Nach den Parlamentswahlen 2006 ist sie mit jeder Partei zu einer Koalition bereit, die diese Prinzipien teilt.

Außenminister Steinmeier in Bratislava

Am 9. Dezember weilte der neue deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier in Bratislava (und reiste am selben Tag weiter nach Budapest). In einer gemeinsamen Pressekonferenz mit seinem slowakischen Amtskollegen Eduard Kukan nahm er zum Thema EU-Budget 2007 bis 2013 Stellung: Der britische Ratsvorsitz müsse mehr

Zugeständnisse machen und der britische Beitrag zu den Erweiterungskosten der EU müsse größer werden. Dennoch bewerte er den bisherigen britischen Budgetvorschlag als gute Ausgangsposition, um eine Einigung zu erzielen. Die Europäische Union müsse endlich wieder Handlungsfähigkeit zeigen und brauche dafür unbedingt einen tragfähigen Budgetbeschluss noch vor dem Jahreswechsel als positives Signal nach den Enttäuschungen über die EU-Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden, betonte Steinmeier: "Die nächsten Wochen werden entscheiden, ob die Menschen Europas ihre Hoffnung auf Europa behalten werden." Er sei aber zuversichtlich, dass dieses Ziel auch erreicht werde, erklärte der deutsche Außenminister. Der slowakische Außenminister Eduard Kukan versicherte Steinmeier, sein Land werde sich weiterhin dafür einsetzen, dass Deutschland einen Sitz als ständiges Mitglied des UNO-Sicherheitsrates erhalte. Steinmeier dankte ihm für die Unterstützung der Slowakei bei diesem Unterfangen. Die Slowakei wird 2006 und 2007 nichtständiges Mitglied des UNO-Sicherheitsrates sein. Kukan hofft, diese Funktion auch zugunsten Deutschlands nützen zu können. Beide Außenminister erinnerten daran, dass Deutschland wichtigster Handelspartner der Slowakei und größter Investor im Lande ist. Übereinstimmend lobten sie auch die "außerordentlich guten" bilateralen Beziehungen zwischen beiden Staaten. Kukan erklärte scherzhaft: "Wir hatten bei der Auswahl unserer Gesprächsthemen ein großes Problem damit, irgendwelche Probleme zwischen unseren Ländern zu finden - es ist uns nicht gelungen." Staatspräsident Ivan Gasparovic gelang es dennoch, im Gespräch mit Steinmeier ein heikles Thema anzuschneiden: Deutschland werde keine vorzeitige Aufhebung der Übergangsfristen auf dem Arbeitsmarkt akzeptieren, berichtete er enttäuscht den slowakischen Medien.

Automobilboom geht weiter

Der französische Automobilkonzern PSA Peugeot Citroen hat sein im Bau befindliches Werk in der westslowakischen Stadt Trnava noch nicht einmal eröffnet und will schon ein zweites in der selben Stadt errichten. In der neue n Produktionsstätte sollen ab Ende 2006 jährlich rund 300.000 Autos produziert werden. Am 8. Dezember kündigte der Autokonzern an, bis 2010 zusätzlich noch ein zweites Automobilwerk in Trnava zu errichten, mit Produktionskapazitäten für weitere 150.000 Autos. Die Beschäftigtenzahl des französischen Autokonzerns in Trnava würde damit auf über 5.000 steigen. Der am längsten in der Slowakei aktive internationale Automobilkonzern, nämlich Volkswagen (seit 1992), kündigte fast zeitgleich an, seine Exportquote im Jahr 2006 um rund 25 Prozent erhöhen zu wollen. Volkswagen Slovakia ist schon jetzt der mit Abstand größte Exporteur des Landes mit einem Anteil von rund 15 Prozent am slowakischen Exportvolumen. Aber auch ohne diese neuesten Ankündigungen der beiden Automobilkonzerne stand schon fest, dass die Slowakei demnächst fünftgrößter Automobilproduzent der Welt sein wird. In Relation zur Einwohnerzahl ist die Slowakei hier sogar die unbestrittene Nummer eins.

Höheres Wirtschaftswachstum, sparsames Budget

Das slowakische Wirtschaftswachstum hat sich weiter beschleunigt. Laut der am 8. Dezember vom staatlichen Statistikamt veröffentlichten Daten für das 3. Quartal 2005 lag das Bruttoinlands-

produkt (BIP) der Slowakei in diesem Quartal mit 365,5 Milliarden Kronen (9,657 Milliarden Euro) Inflationsbereinigt um 6,2 Prozent höher als im 3. Quartal des Vorjahres. Das Wachstumstempo hat sich damit um nochmals 0,9 Prozentpunkte gegenüber der Vorjahressteigerung von 5,3 Prozent beschleunigt. 90,6 Prozent des slowakischen BIP geht nach Einschätzung des Statistikamtes auf die Privatwirtschaft zurück. Das Wachstum wurde vor allem durch gestiegene Exporte, aber auch höhere inländische Umsätze im Bauwesen und in der Telekommunikation verursacht. Gestiegen sind im Unterschied zu früheren Jahren auch die Reallöhne, nämlich um 7,6 Prozent im Vergleich zum 3. Quartal 2004. Mit nunmehr 16.816 Kronen (444,28 Euro) monatlich gehören die slowakischen Durchschnittslöhne aber weiterhin zu den niedrigsten der Europäischen Union. Eine weitere positive Nachricht für die slowakische Wirtschaft: Am 13 Dezember stimmte eine Mehrheit von 79 der stimmberechtigten 150 Abgeordneten dem letzten Jahresbudget der Minderheitsregierung des christdemokratischen Ministerpräsidenten Mikuláš Dzurinda zu. Wie Finanzminister Ivan Mikloš betonte, wäre mit diesem Budget einer baldigen Euro-Einführung Priorität gegenüber populistischen Versuchen eingeräumt worden, wenige Monate vor der nächsten Parlamentswahl Steuergeschenke zu verteilen. Sowohl Dzurinda als auch Mikloš bedankten sich daher bei jenen oppositionellen Abgeordneten, die das Budget mitbeschlossen oder zumindest nicht verhindert hatten. Die Slowakei wird nach derzeitiger Planung ab 1. Januar 2009 als erstes Land der so genannten Visegrad-Gruppe (Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei) den Euro einführen. Noch 1998 war die Slowakei das einzige Visegrad-Land, das nicht zu EU-Beitrittsgesprächen eingeladen wurde. Und noch 1999 war die Slowakei das einzige Visegrad-Land, das nicht der Nato beitreten durfte.

Nicht umsonst stufte die Weltbank das Land im Vorjahr in ihrer Studie "Doing Business in 2005" als "reformorientierteste Wirtschaft der Welt" und empfahl speziell den "alten" EU-Mitgliedern den „slowakische Weg“ zur Nachahmung.

Konrad-Adenauer-Stiftung
Verbindungsbüro Bratislava

Verantwortlich
Dr. Stefan Gehrold

Mitarbeit
Christoph Thanei

Zelená 8
811 01 Bratislava
Tel.: 00421-2-5441 9438
Fax: 00421-2-5441 9441
Email: kasslovak@nextra.sk
Web: www.kas.de/bratislava